

Abteilung 3

2. Juli 1990

Vermerkzum Brief der Beauftragten für Gleichstellungsfragen
an den Ministerpräsidenten

Die als Anlage zum Brief übermittelte Protokollnotiz über das Gespräch am 7.6.1990 entspricht nicht dem tatsächlichen Ergebnis dieses Gespräches. Während dieses Gespräches wurde von Staatssekretär Dr. Moritz die im wesentlichen in der Vorlage "Strukturelle Einordnung und Kompetenzen von Beauftragten beim Ministerrat" dargestellten Sachverhalte vorgestellt. Es wurde Einigkeit über die in der Vorlage zusammengefaßten Grundsätze erzielt. Insbesondere waren es zwei Punkte der Protokollnotiz, die so nicht in dem Gespräch benannt worden sind. Dies betrifft zum einen das auf Seite 1 der Protokollnotiz genannte Zugriffsrecht zur Regierung der DDR, dies besteht über die zuständige Ministerin für Familie und Frauen. Des weiteren waren die auf Seite 2 genannten Kompetenzen, Abstimmungsrecht im Kabinett und Einbringungsrecht in das Kabinett, so nicht Gegenstand der Aussprache. Im Gegensatz zur Darstellung wurde durch Staatssekretär Dr. Moritz eindeutig darauf verwiesen, daß diese Dinge über die Ministerin für Familie und Frauen zu erfolgen hat.

Aufgrund eines gleichlautenden Schreibens an den Minister im Amt des Ministerpräsidenten wurde Frau Dr. Beyer mit Schreiben vom 27.6.1990 diese Auslegung des Gespräches mitgeteilt. Es ist unbedingt erforderlich, daß die entsprechende Ministerratsvorlage bestätigt wird, damit es in Zukunft eindeutige Abgrenzungen der Kompetenzen zwischen den Regierungsbeauftragten und den zuständigen Ministern gibt.

In einem Gespräch mit der Ausländerbeauftragten am 28.6.1990 wurden einige Bedenken zur Vorlage ausgeräumt. Es konnte Übereinstimmung zu den in der Vorlage angesprochenen Punkten erzielt werden. Als ungünstiger Aspekt machte sich die mangelnde vorherige Absprache der Vorlage mit den Beauftragten deutlich. Es wäre aus diesem Grunde sinnvoll festzulegen, wer als Koordinator zwischen den Beauftragten und ihren übergreifenden Anliegen und der Vorbereitung von Ministerratssitzungen verantwortlich gemacht wird. ||

Nübel
Dr. Nübel
Abteilungsleiter

AL: F soll veranwortl.
sein.
R. & J. 6.8.90
für

*nicht auf unseren
Tisch geben,
sondern, wenn imbe-
ministerielle Stellen*

9.7. für